

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 16. Februar 1962

Blatt 268

Ein Genfer Institut tagt in Wien

=====

16. Februar (RK) Das Weltinstitut für hochwertige Nahrungsmittel, das vor zehn Jahren in Genf von namhaften Wissenschaftlern und Industriellen ins Leben gerufen wurde, hat beschlossen, seine Jubiläums-Generalversammlung in Wien abzuhalten. Die leitenden Funktionäre des Institutes, die aus diesem Anlaß nach Wien gekommen sind, waren gestern abend Gäste der Stadtverwaltung im Wiener Rathaus. Sie wurden in Vertretung des Bürgermeisters von Stadtrat Riemer im Beisein von Stadtrat Bauer und Marktamtsdirektor Altmann begrüßt.

In Wien, so versicherte Stadtrat Riemer den Gästen, wo allen Fragen der Lebensmittelversorgung größte Aufmerksamkeit gewidmet wird, bringt man den Bestrebungen des Genfer Weltinstitutes größtes Verständnis entgegen. Die Wiener wurden erst vor kurzem im Ausland in einer aufsehenerregenden Reportage als Leckermäuler geschildert. Ich weiß nicht, sagte der Stadtrat, ob uns diese Bezeichnung zukommt. Allerdings, eines muß festgehalten werden: die zuständigen Organe der Wiener Stadtverwaltung gelten auch im Urteil der Fachleute anderer Länder als besonders strenge Hüter der Qualität unserer Nahrungsmittel.

Der Präsident des Weltinstitutes Suhöi stellte im Rathaus die Delegationsführer vor, darunter die beiden Minister F.M. Orban (Belgien) und de Senarclens (Schweiz). Letzterer bedankte sich im Namen aller Teilnehmer für den freundlichen Empfang im Wiener Rathaus.

- - -

Ballkalender

=====

16. Februar (RK) In der Woche vom 19. bis 25. Februar finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Dienstag: Grünes Tor (Ball des Internationalen Genferverbandes).

Freitag: Baumgartner Casino (Österreichische Gesellschaft vom "Roten Kreuz"), Casino Zögernitz (Döblinger Jägerball), Grünes Tor (Hernalser Wirtschaftsbund), Hernalser Vergnügungszentrum (Treffpunkt im H.V.Z.), Konzerthaus (Ball der Wiener), Messepalast (Landesinnung Wien der Gas- und Wasserleitungs-Installateure), Palais Auersperg (S.C. AUA), Parkhotel Schönbrunn (Österreichische Filmwirtschaft), Schwechater Hof (Sicherheitswache Innere Stadt), Sofiensäle (Firma Elin-Union), Wimberger (Polizei Wien-Neubau).

Samstag: Albert Sever-Saal (Kassiere des E-Werks), Arbeiterheim Favoriten (Betriebsrat der Ankerbrotfabrik), Baumgartner Casino (Geselligkeitsverein der Kanalwerkmeister), Bayrischer Hof (Landsmannschaft Laa an der Thaya), Casino Zögernitz (Sportverein Währing), Grünes Tor (Männergesangverein der Fleischer - Klein-Hadersdorfer Kirtag), Hernalser Vergnügungszentrum (Kostümball), Konzerthaus (Kultur- und Sportverein der Wiener Verkehrsbetriebe), Meierei Stadtpark (Firma Singer-Nähmaschinen), Messepalast (Vereinigung jüdischer Hochschüler in Österreich), Palais Auersperg (Juweliere und Uhrmacher), Parkhotel Schönbrunn (Zentralsparkasse der Gemeinde Wien), Schwechater Hof (Klub der Wiener Schlossermeistersöhne), Schwechater Hof (Reitverein Freudenau), Simmeringer Hof (Schulwarte Wiens), Sofiensäle (Tirolerball), Wimberger (Arbeitsgemeinschaft der Lohnschlächter St. Marx).

Sonntag: Hernalser Vergnügungszentrum (1. Kinder-Maskenball), Schwechater Hof (Evangelisches Jugendwerk in Österreich), Sofiensäle (Faschingsfest der Österreichischen Theatergemeinde), Wimberger (Ball der Calasantiner).

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

16. Februar (RK) Präsident Marek eröffnete die Sitzung um 11.15 Uhr. Die Abg. Dr. Weninger, Dipl.-Ing. Blaschka und Genossen haben einen Antrag betreffend "Befreiung von der Getränkesteuer bei Abgabe alkoholfreier Getränke in Mensen" eingebracht.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung, eine Gesetzesvorlage über die Hemmung des landesgesetzlich geregelten Fristenablaufes durch Samstage und den Karfreitag referierte Stadtrat Sigmund (SPÖ). Darnach soll eine Fristenhemmung auch dann eintreten, wenn das Ende der Frist auf einen Samstag oder den Karfreitag fällt. Um kein Vakuum eintreten zu lassen, soll der Wirksamkeitsbeginn mit 1. Jänner 1962 festgesetzt werden. Der Gesetzentwurf wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Hierauf beantragte Berichterstatterin Landtagsabgeordnete Frieda Nödl (SPÖ) namens des Immunitätskollegiums, dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 9. Jänner 1962 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Leopold Mistingher (SPÖ) wegen Verdachtes der Übertretung gegen die körperliche Sicherheit gemäß Paragaph 431, StG. (Verkehrsunfall) stattzugeben. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung des Landtages erledigt.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

16. Februar (RK) Bürgermeister Jonas eröffnet die Sitzung des Wiener Gemeinderates im Anschluß an die des Landtages. Es liegen neun Anfragen von Gemeinderäten der KLS, fünf von Gemeinderäten der FPÖ und drei von Gemeinderäten der ÖVP vor. Weiter wurden zehn Anträge eingebracht:

Die Gemeinderäte Dr. Broesigke und Genossen (FPÖ) haben einen Antrag betreffend "Novellierung der Vertragsbedienstetenordnung" und einen weiteren betreffend die "Einstufung der Bediensteten des gehobenen medizinisch-technischen Dienstes und der gehobenen Posten des Krankenpflege-Fachdienstes" eingebracht.

Die Gemeinderäte Nessel und Genossen (FPÖ) haben einen Antrag betreffend die "Kriegsgräberanlage auf dem Zentralfriedhof" vorgelegt.

Die Gemeinderäte Maller und Genossen (KLS) beantragen eine Änderung der Vertragsbedienstetenordnung.

Die Gemeinderäte Kowarsch, Hahn und Genossen (ÖVP) schlagen in einem Antrag die "freie Benützung der Wiener Städtischen Verkehrsbetriebe durch Jungmänner des Bundesheeres" vor.

Die Gemeinderäte Eleonora Hiltl, Titze und Genossen (ÖVP) treten in einem Antrag für eine "zeitliche Staffelung der Besuchszeiten für das Altersheim und das Krankenhaus in Lainz" und "Einführung einer weiteren Besuchszeit in den Abendstunden für das Lainzer Krankenhaus" ein.

Die Gemeinderäte Dkfm. DDr. Prutscher, Ing. Hauschka und Genossen (ÖVP) haben einen Antrag betreffend "Berechnung einer Weiterführung der projektierten Unterpflasterstraßenbahn auf der Zweierlinie vom Messepalast bis zum Landesgericht" eingebracht.

Die Gemeinderäte Hahn, Bittner, Titze, Wohlmuth und Genossen (ÖVP) haben einen Antrag betreffend "Räumung der derzeit überbelegten Kleinstwohnungen in den Gemeindebauten An der Siemensstraße zugunsten wohnungsbedürftiger alter Leute" vorgelegt.

Die Gemeinderäte Hahn, Kowarsch und Genossen (ÖVP) treten in einem Antrag für eine "neue Dienstkleidung der Fahrbediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe im Sommer" ein.

Die Gemeinderäte Frieda Nödl und Genossen (SPÖ) haben einen Antrag betreffend "das Handgeld für befürsorgte Pfléglinge in den städtischen Altersheimen" eingebracht.

Zu mehreren Punkten der Tagesordnung liegen keine Wortmeldungen vor, sie gelten daher als angenommen.

Kauf des Stadttheatergrundes

Als erster Punkt wird dann der Kauf des ehemaligen Stadttheatergrundes und der gleichzeitige Verkauf eines Grundes in der Praterstraße 46 verhandelt.

Wie Berichterstatter Stroh (SPÖ) ausführt, soll der 2.202 Quadratmeter große Stadttheatergrund zu einem Preis von 4,840.000 Schilling plus den Kosten von 3,160.000 Schilling gekauft werden. GR. Stroh erklärt, für die Stadt Wien bestehe am Erwerb dieser Baustelle ein ganz besonderes Interesse. Gleichzeitig beantragt der Berichterstatter den Verkauf der 1.036 Quadratmeter großen Liegenschaft in der Praterstraße 46 zum Preis von zwei Millionen Schilling.

GR. Ing. Lust (ÖVP) vertritt die Ansicht, daß der für diesen Grundkauf aufgewendete Kaufpreis nicht verantwortet werden könne. Im September 1960 kaufte eine Bürogesellschaft diese Liegenschaft samt dem darauf befindlichen Stadttheater um 4,840.000 Schilling. Man projektierte ein Hochhaus mit 50 Meter Höhe, das aber nicht die Zustimmung der Behörden fand, da in dieser Gegend bei einer Eckbaustelle eine maximale Höhe von nur 30 Meter zugelassen werden kann. Damit schien aber die Rentabilität des projektierten Bauwerkes nicht gegeben zu sein. Ein Realitätenbüro übernahm die Verwertung des Bauplatzes und bot ihn der Gemeinde Wien um 8,5 Millionen Schilling an. Der zuständige Stadtrat erklärte, daß die Gemeinde Wien kein besonderes Interesse habe. Das Referat VI der Baudirektion stellte fest, daß für diesen Bauplatz kein besonderer Verwendungszweck vorliege, für einen Wohnhausbau jedoch nur ein Kaufpreis von 3,5 Millionen in Frage kommen könne. Sechs Monate später entdeckte man plötzlich, daß dieser Bauplatz für ein Bauwerk besonderer Art geeignet wäre und für die Gemeinde Wien ein ganz besonderes Interesse für den Erwerb dieser Baustelle bestünde. Nunmehr erklärte das Realitätenbüro, daß der Verkauf an die Gemeinde Wien

nur dann in Frage komme, wenn gleichzeitig die städtische Liegenschaft Praterstraße 46 an eine Siedlungsgenossenschaft verkauft würde.

Der dem Gemeinderat vorliegende Kaufantrag perfektioniert diese kombinierte Grundtransaktion eines geschickten Realitätenbüros und bringt der Gemeinde einen Grunderwerb, der weit über dem vertretbaren Grundpreis liegt, und den Verlust einer Liegenschaft, die mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds bebaut werden könnte.

Man fragt sich, wozu die Gemeinde diesen übermäßigen Preis bietet und so die unangebrachten Auftriebstendenzen auf dem Grundstückmarkt unterstützt, ohne daß ein ersichtlicher Grund vorliegt. Bedauerlicherweise ist dieser Kauf bereits durch eine Paragraph 93-Vorfügung des Bürgermeisters (siehe folgende Stellungnahme des Bürgermeisters) genehmigt und so dem Gemeinderat praktisch die Möglichkeit genommen, die richtige Entscheidung zu treffen: diesen Kaufantrag abzulehnen. Wenn meine Fraktion trotzdem diese Vorlage ablehnen wird, so soll diese Ablehnung einerseits ein scharfer Protest gegen die ungerechtfertigte Anwendung des Paragraph 93 sein, andererseits aber den zuständigen Stadtrat auffordern, solche Grundtransaktionen zu unterlassen.

In seinem Schlußwort erklärt GR. Stroh, die hohen Grundstückspreise sind die Folgen einer Grundpolitik, die die Sozialisten ganz entschieden ablehnen. (Stadtrat Bauer, ÖVP: Das sind Liebhaberpreise! - Stadtrat Schwaiger, ÖVP: Ist die Notwendigkeit des Ankaufs gegeben? Sie müssen die Notwendigkeit des Ankaufs beweisen!) Die Notwendigkeit des Ankaufs liegt darin, daß an die Stadtverwaltung von Behörden, von internationalen Behörden, oft das Ersuchen gestellt wird, Gründe zur Verfügung zu stellen. (Stadtrat Schwaiger: Dann sagen Sie, wer das ist!) Es besteht also die Notwendigkeit, daß die Stadtverwaltung eine gewisse Reserve an solchen zentralen Gründen hat. Die Grundstückspreise steigen von Jahr zu Jahr. Es wäre sehr wertvoll, würden Sie mithelfen, dieser Bodenspekulation Einhalt zu gebieten!

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Bürgermeister Jonas nimmt dann Stellung zu den Ausführungen von GR. Arch. Ing. Lust zum Ankauf des Stadttheatergrundstückes. Er weist die Äußerung zurück, daß die Anwendung des Paragraph 93

nicht ordnungsgemäß gehandhabt wurde. Der Bürgermeister stellt fest, daß die Anwendung des Paragraph 93 mit Kenntnisnahme von Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) vorgenommen wurde.

550 Millionen Schilling zinsfreie Darlehen für Privathäuser

Stadtrat Glaserer (SPÖ) referierte dann einen Antrag auf Erhöhung der zinsfreien Darlehen zur Instandhaltung von Mietwohnhäusern und die Herstellung von Kanälen. Dem Antrag nach sollen weitere 50 Millionen bereitgestellt werden, womit sich der Gesamtbetrag für zinsfreie Darlehen für diese Zwecke auf 550 Millionen erhöht. Glaserer stellte fest, daß mit Bereitstellung dieser Darlehen Härten der Mietzinsbildung gemildert werden konnten. Die Aktion habe sich großartig bewährt.

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß die Zahl der Darlehensansuchen von Jahr zu Jahr steigt, da auch die Paragraph 7-Anträge immer häufiger gestellt werden. Beim Stellen von Paragraph 7-Anträgen, erklärt er, mache die Gemeinde Wien leider keine Ausnahme. Er begrüße grundsätzlich jede Erhöhung des Darlehensvolumens, setze sich aber im Zusammenhang für eine gesetzliche Regelung der Häuserreparaturen ein, und zwar so, daß dabei keine belastende Mietzinserhöhungen vorgenommen werden. In einem Resolutionsantrag verlangt er, man möge die Lauffrist der zinsfreien Darlehen von zehn auf fünfzehn Jahre verlängern.

Stadtrat Glaserer bemerkt in seinem Schlußwort, daß der Reparatur-Ausgleichsfonds in die Kompetenz des Bundes fällt. Auch der gestellte Resolutionsantrag würde eine Abänderung des Mietengesetzes bedeuten, die nur dem Parlament zusteht. Er empfiehlt daher, dem Antrag nicht stattzugeben. Der Antrag auf Erhöhung des Gesamtbetrages für zinsfreie Darlehen zur Instandhaltung von Mietwohnhäusern und für die Herstellung von Kanälen wird dann vom Gemeinderat einstimmig angenommen. Der von GR. Lauscher gestellte Resolutionsantrag wird mit Stimmen der anderen Parteien abgelehnt.

Neubau des Pavillons H im Franz Josef Spital

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) referiert sodann einen Antrag auf Neubau des Pavillons H im Franz Josef-Spital. Dem derzeitigen Bestreben entsprechend, große klinische Abteilungen zu unterteilen

soll die erste Interne Abteilung des Franz Josef-Spitals geteilt werden. Es ist beabsichtigt, den Pavillon H, der von den beiden anderen Pavillons räumlich weit entfernt ist, als eigene interne Abteilung zu führen. Da eine interne Abteilung mit 72 Betten jedoch zu klein und unwirtschaftlich, eine Aufstockung des alten Pavillons infolge der baulichen Beschaffenheit aber unzweckmäßig ist, will man den alten Pavillon abreißen und durch einen modernen Neubau ersetzen. Der Neubau soll aus fünf Geschossen bestehen und insgesamt 125 Betten aufnehmen können. Ferner sind selbstverständlich alle erforderlichen Nebenräume vorgesehen und auch Unterkünfte für 24 bis 28 Schwestern. Die Kosten für den Neubau des Pavillons werden 18,5 Millionen Schilling betragen. Als Ersatz für den bereits abgerissenen Pavillon H wird während der Bauzeit die im Vorjahr fertiggestellte Reservestation verwendet.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) verweist darauf, daß Wien als Welt- und Großstadt die Verpflichtung habe, sich auch auf dem Spitalssektor der heutigen Zeit anzupassen. Leider läßt hier noch manches zu wünschen übrig, da die meisten unserer Krankenhäuser über 50 Jahre, manche sogar schon 100 Jahr alt und dementsprechend unmodern sind. Der unermüdlichen Arbeit von Stadtrat Dr. Glück sei es nun zu danken, daß nach Fertigstellung des Pavillons H im Franz Josef-Spital, dieses Spital als erstes vollkommen modernisiert wurde. Der Redner gibt einen historischen Rückblick auf die Geschichte dieses Spitals und verweist auf die große Bedeutung, die es für unsere Stadt und im besonderen für den 10. Bezirk hat. Heute stehen im Franz Josef-Spital insgesamt acht Abteilungen mit 1.100 Betten zur Verfügung. Durch die Modernisierung sind die Krankensäle so unterteilt, daß jedes Zimmer nur über zwei bis sechs Betten verfügt. Der geplante Pavillon H wird allen neuen Erkenntnissen der Medizin entsprechen. Es ist auch zu begrüßen, daß durch seine Errichtung der Bettenstand vermehrt wird. Abschließend richtet der Redner die Bitte an Stadtrat Dr. Glück, in seinen Bemühungen für die Wiener Spitäler nicht zu erlahmen, damit sich Wien nicht nur durch den Weltruf seiner medizinischen Schule, sondern auch durch seine Spitäler mit anderen Städten messen kann zum Wohle der Patienten und Bewohner dieser Stadt. Stadtrat Dr. Glück verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Karlsplatz-Umbau beschlossen

Um die grundsätzliche Genehmigung für den Umbau des Karlsplatzes ersuchte Stadtrat Heller (SPÖ) den Wiener Gemeinderat. Er betonte, daß langwierige, zeitraubende und schwierige Vorarbeiten zu listen gewesen waren. Es hat viele Projekte gegeben, aber jedes hatte andere Mängel aufzuweisen. Nun glaube er aber ein Projekt vorlegen zu können, daß eine wirklich optimale Lösung darstellt. Es fußt auf unserer Ansicht, daß beim Umbau von wichtigen Verkehrsknotenpunkten vor allem die Umsteigegelegenheiten für den Massenverkehr möglichst günstig angeordnet werden müssen und daß der Schutz der Fußgänger besonders berücksichtigt wird.

Stadtrat Heller erläuterte dann das Projekt, über das wir bereits eingehend berichteten, in seinen Grundzügen. Er teilte auch mit, daß voraussichtlich noch heuer mit dem Umbau der Stadtbahnstationen begonnen werden wird, die zur Wiedner Hauptstraße heranrücken sollen.

GR. Nesset (FPÖ) gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß nun endlich konkrete Pläne für den Umbau des Karlsplatzes vorliegen. Es sei von einer grundsätzlichen Genehmigung gesprochen worden, aber Stadtrat Heller hat hier Dinge erläutert, die mehr als ins Detail gehen. Der Redner bittet in dieser Beziehung um Aufklärung und fragt auch, wie hoch die Kosten des Umbaues sein werden. Die endgültige Zustimmung seiner Fraktion mache er von den Erklärungen des Referenten abhängig.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) begrüßt das Projekt als eine Lösung in der ersten Ebene. Diese Lösung wird solange ausreichen, als es gelingt, Massenverkehr und Individualverkehr in der gleichen Ebene zu führen. Aber die Frage, wie es später sein wird, muß uns heute schon beschäftigen. Man soll nicht mit Gewalt eine zweite Ebene schaffen, doch muß es unser Ziel sein, bei dieser Arbeit nichts für die Zukunft zu verbauen. Als warnendes Beispiel führt DDr. Prutscher den Umbau des Matzleinsdorfer Platzes an. Man müsse daher den Karlsplatz im Zusammenhang mit dem gesamten innerstädtischen Verkehr sehen und prüfen, wielange die erste Ebene ausreichen wird.

Der Redner macht dann darauf aufmerksam, daß er kurz vorher von einem Journalisten gefragt wurde, ob er das Gutachten von Prof. Dorfwith kenne.

Er mußte diese Frage verneinen, weil das Gutachten den Akten nicht beigelegt war. Nun wird aber in dem Gutachten erklärt, daß bei einer Weiterführung der Autobahn bis Karlsplatz das vorliegende Projekt den Verkehrsanforderungen nicht genügen wird. Dies unterstreiche seine Forderung, für die Zukunft nichts zu verbauen. Bei dem Projekt könne es sich also nur um eine erste Ausbaustufe handeln.

Wien möge für die künftige Generation das gleiche tun, was unsere Vorgänger auf dem Gürtel getan haben, allerdings damals noch zu einer Zeit, in der die Grundbeschaffung keine so kostspielige Angelegenheit gewesen ist wie heute. Bei der Neugestaltung des Karlsplatzes müssen also auch die Voraussetzungen der kommenden Zeit berücksichtigt werden. Er teilt mit, daß seine Fraktion dem vorliegenden Projekt die Zustimmung geben wird.

GR. Hausner (KLS) stellt als nächster Redner fest, daß das Projekt für den Karlsplatz zwar den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechen dürfte, kaum aber den Forderungen der voraussehbaren Zukunft. Der Redner glaube nicht, daß Wien in Zukunft auf dem Karlsplatz nur mit einer Ebene auskommen wird. Das Projekt müßte daher alle Möglichkeiten offen lassen, die schon in einigen Jahren eintreten könnten. Seiner Meinung nach wären kreuzungsfreie Straßen die beste Lösung.

GR. Planek (SPÖ) erinnert daran, daß man sich mit Fragen des Karlsplatzes schon Ende vergangenen Jahrhunderts beschäftigt habe. Damals allerdings, in einer noch verkehrsarmen Zeit, waren es Erwägungen der baulichen Gestaltung. Der Redner ist der Meinung, daß man bei der Lösung der jetzigen Verkehrsprobleme auch das Stadtbild dieses Platzes mit seinen baulichen Schwerpunkten berücksichtigen müsse. Auch hier muß festgehalten werden, daß man die Stadt nicht dem Verkehr opfern kann, und schon gar nicht den Karlsplatz. Zum vorliegenden Projekt erklärt er, daß die ihm zugrundeliegenden Berechnungen, bei denen auch Verkehrsspitzen berücksichtigt wurden, ein günstiges Ergebnis brachten und daß die daraus erfolgte Planung allen Anforderungen des Verkehrs gerecht wird. Als besonders erfreulich bezeichnet er, daß beim Umbau des Karlsplatzes auch an eine Vermehrung der Grünflächen gedacht ist. Die Unterpflasterbahn sollte seiner Meinung nach nur dorthin kommen, wo sie unbedingt notwendig ist. Abschließend stellt der

Redner fest, daß es sich beim Umbau des Karlsplatzes um das größte zusammenhängende Bauwerk handelt, das wir seit 1920 kennen. Seine Fraktion wird dem Antrag die Zustimmung geben.

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Heller, daß das, was heute dem Gemeinderat zur grundsätzlichen Regelung vorgeschlagen wird, tatsächlich eine optimale Lösung nicht nur für heute und morgen, sondern auch für die Zukunft ist. Das Detailprojekt wird selbstverständlich der Gemeinderätlichen Planungskommission und allen zuständigen Organen der Stadtverwaltung zur Genehmigung und Begutachtung vorgelegt werden. Es ist heute nicht möglich, schon die Kosten zu nennen, das wären Hausnummern, von denen niemand weiß, ob sie zum Zeitpunkt der Ausführung auch nur annähernd stimmen. Es besteht die Absicht, mit dem Bauwerk an der Operngasse in diesem Jahr zu beginnen, damit die großen Umbauarbeiten auf dem Karlsplatz dann nicht behindert werden.

Das Verkehrsprojekt Karlsplatz darf nicht nur in dem begrenzten Raum des Karlsplatzes gesehen werden, sondern man muß es im Rahmen des Gesamtkonzepts, des Generalverkehrsplanes, beurteilen. Nach Fertigstellung der geplanten Südeinfahrten wird der Karlsplatz nicht mehr im bisherigen Ausmaß belastet sein. Es besteht auch keineswegs die Notwendigkeit, zur Bewältigung des Verkehrs auf dem Karlsplatz eine zweite Ebene heranzuziehen. In der gleichen Zeit, in der der Individualverkehr über die Kreuzungen läuft, kann auch das öffentliche Massenverkehrsmittel diese Kreuzungen passieren. Wenn man aber der Meinung ist, daß der Verkehr eines Tages so stark wird, daß auch der Individualverkehr kreuzungsfrei sein muß - hoffen wir, daß wir zu dieser Zeit nicht mehr leben -, dann würde das bedeuten, daß wir Verkehrsbauwerke nach amerikanischer Art errichten müßten. Es wird wohl keinen Wiener geben, der es begrüßen würde, wenn wir Highways und Auf- und Abfahrten auf unserem Karlsplatz, der uns doch allen irgendwie ans Herz gewachsen ist, errichteten. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, daß der Karlsplatz durch die Anlage weiterer zusammenhängender Grünflächen besser gestaltet werden soll.

Dozent Dr. Dorfwirth schreibt in seinem Gutachten, daß dieses Verkehrsbauwerk auf dem Karlsplatz leistungsfähig genug ist. Er meint nur, wenn man sich einmal mit der Absicht tragen sollte, eine Stadtautobahn von der Urania zum Karlsplatz anzulegen, dann würde man oberirdisch nicht auskommen und müßte diese Stadtautobahn unter die Erde verlegen. Untersuchungen haben aber ergeben, daß wir wohl einen sehr unangenehmen Engpaß auf dem Getreidemarkt haben, daß aber dann vom Getreidemarkt in Richtung Urania genügend Raum für eine vierspurige Straße vorhanden ist. Wir glauben nicht, daß es notwendig sein wird, eine Stadtautobahn in diesem Bereich zu führen.

Wir haben uns natürlich bemüht, mit sämtlichen interessierten Stellen bei den Planungen in Kontakt zu treten. Man sollte aber die Unstimmigkeiten, die im Zusammenhang mit der Ausarbeitung dieses Projekts aufgetreten sind, nicht zu ernst nehmen. Es ist eben ein gigantisches Projekt, und es sind dabei sehr viele Interessen zu berücksichtigen, sodaß es eben auch bei bestem Willen zu solchen kleinen und größeren Unstimmigkeiten kommen mußte.

Abschließend versichert Stadtrat Heller nochmals, daß das Detailprojekt sämtlichen zuständigen Organen der Stadtverwaltung vorgelegt werden wird. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Floridsdorfer Hallenschwimmbad

Hierauf referiert GR. Schreiner (SPÖ) über die beabsichtigte Errichtung eines Warmbades mit Schwimmhalle in Floridsdorf, Franklinstraße-Freytaggasse.

GR. Maller (KLS) begrüßt die Errichtung des Warmbades, weist aber gleichzeitig die vom zuständigen Stadtrat erhobenen Einwände gegen den von der Fraktion der KLS bereits seinerzeit vorgeschlagenen Einbau von Medizinalbädern zurück. Die Kommunisten stimmen dem Antrag zu, erwarten aber, daß auch dem Wunsch der Floridsdorfer Bevölkerung Rechnung getragen und auch medizinische Bäder beim Bau des Bades vorgesehen werden.

GR. Bittner (ÖVP) stellt fest, daß mit der Errichtung eines Warmbades mit Schwimmhalle ein alter Wunsch der Bevölkerung des 21. Bezirkes erfüllt werde. Die Floridsdorfer und vor allem die

Schulkinder hatten bis jetzt einen weiten Weg zurückzulegen, wenn sie eine Schwimmhalle besuchen wollten. Die Bautätigkeit in diesem Bezirk ist derart groß, sodaß mit einem steten Steigen der Bevölkerungszahl zu rechnen ist. Der 21. Bezirk ist auch einer der wenigen Wiener Bezirke, die keinen Rückgang der Schülerzahlen aufweisen. Der Redner gibt jedoch zu bedenken, daß die geplante Schwimmhalle nur 33,3 Meter lang sein wird, also den internationalen Bestimmungen für Schwimmwettkämpfe leider nicht entspricht. Seit zwei Jahren werden nämlich für internationale Wettkämpfe nur 50-Meter-Bahnen zugelassen. Es wäre wünschenswert, diesem Erfordernis durch eine Umplanung Rechnung zu tragen. Im übrigen werde seine Fraktion dem vorliegenden Geschäftsstück mit Freude die Zustimmung geben.

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) begrüßt die Errichtung des geplanten Bades, dessen Bau der Floridsdorfer Bevölkerung bereits seit 1905 versprochen wird. Durch die Debatteredner wurden bereits die verschiedensten Wünsche vorgebracht. Leider steht der Errichtung dieses Bades aber noch ein großes Hindernis im Wege, da das vorgesehene Grundstück trotz langwieriger Verhandlungen noch nicht vollständig freigemacht werden konnte. Mit einem Grundbesitzer werden seit Monaten Verhandlungen geführt, die aber an den übermäßigen Forderungen bisher scheiterten. Sollten die Verhandlungen in der nächsten Zeit zu keinem Ende führen, müßte man den Weg der Enteignung wählen, was aber eine sehr langwierige Angelegenheit ist und die Inangriffnahme des Baues verzögern würde. GR. Lehnert spricht abschließend die Hoffnung aus, daß es bald gelingen möge, die notwendigen Grundstücke zu erwerben, damit die Floridsdorfer Bevölkerung endlich in den Besitz des langersehnten Hallenbades kommt.

GR. Schreiner stellt abschließend fest, daß es sich beim vorliegenden Antrag nur um den grundsätzlichen Beschluß handelt und die einzelnen Anregungen der Debatteredner daher vom zuständigen Amtsführenden Stadtrat, den Ausschüssen und vom Magistrat behandelt werden sollen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Theater an der Wien kostete 80 Millionen

GR. Gertrude Sandner (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Erhöhung des für das Theater an der Wien bewilligten Sachkredites von 68,5 Millionen um 11,3 Millionen auf 79,8 Millionen Schilling. Diese Erhöhung hat ihre Ursache darin, daß sich im Verlaufe der Arbeiten zeigte, daß der Bauzustand des Hauses wesentlich schlechter war, als man ursprünglich annahm. Es entstanden dadurch nicht nur höhere Kosten, sondern auch mehr Arbeit, sodaß sich eine große Zahl von Überstunden als notwendig erwies, um den vorgesehenen Termin einhalten zu können. Vor Baubeginn hat man an vier Stellen Versuchsbohrungen unternommen, die auf keine Wasseradern schließen ließen. Bei den Bauarbeiten stieß man jedoch an einer fünfter Stelle auf eine reiche Wasserader, deren Fassung bedeutende Mehrkosten verursachte. Ein weiterer Faktor: drei Fachexperten haben ihre Leistungen um insgesamt vier Millionen Schilling zu nieder eingeschätzt.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) beanstandet, daß es leider zur Gewohnheit geworden sei, Projekte mit einer bestimmten Summe zu beschließen, die sich bereits nach kurzer Zeit als zu niedrig erwiesen hat. Die heutige Erhöhung betrage rund 16.5 Prozent der ursprünglich genannten Bausumme. Zweifellos wäre es bei genauerer Überprüfung des Bauzustandes des Theaters an der Wien möglich gewesen, richtigere Kalkulationsgrundlagen zu geben. Wird heute als Begründung des Antrages eine plötzlich in Erscheinung getretene Wasserader genannt, so muß man darauf verweisen, daß im "Amtsblatt der Stadt Wien" bereits vor einem Jahr berichtet wurde, daß das Auftreten von Grundwasser keineswegs überraschend gekommen sei. Das angeführte Beispiel zeigt also, daß man bei der Kalkulation viel sorgfältiger vorgehen müßte, da die zu beschließenden Beträge sonst nur als Hausnummern bezeichnet werden könnten. Im übrigen stimme die FPÖ dem Antrag zu.

Im Schlußwort betont GR. Gertrude Sandner, sie habe von einer Wasserader, also einer Quelle gesprochen, die die Betonarbeiten behinderte; deshalb wurde die Betonwanne angefertigt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referentin einstimmig angenommen.

Höheres Taschengeld für befürsorgte Altersheimpfleglinge

GR. Käthe Jonas (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Erhöhung des Taschengeldes für befürsorgte Pfleglinge in städtischen Altersheimen. Diesem Geschäftsstück liegt ein Antrag der SPÖ zugrunde, das Handgeld von 50 auf 80 Schilling monatlich zu erhöhen, und zwar gleichzeitig von zwölfmal auf dreizehnmal jährlich. Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde von der SPÖ ein weiterer Antrag eingebracht, dieses Handgeld sogar 14mal auszuzahlen.

GR. Maller (KLS) erinnert daran, daß seine Fraktion schon im Jahre 1960 einen solchen Antrag eingebracht habe. Damals wurde der Antrag jedoch abgelehnt. Er bezeichnet es als kleinlich, daß man die Pfleglinge solange auf die Erhöhung habe warten lassen.

Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- - -

Verlängerung der Fehlingergasse
=====

16. Februar (RK) Eine Verkehrsfläche in Speising, die eine Verlängerung der Fehlingergasse darstellt, ist jetzt in deren Verlauf einbezogen worden. Es handelt sich um eine Sackgasse, die von der Bergheidengasse abzweigt.

- - -

Eine Aufforderung an die Mütter!
=====

16. Februar (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien fordert alle Mütter auf, die aus Kannen bezogene Baby-Milch gleich nach dem Einkauf mehrere Minuten lang abzukochen und dann kühlzustellen.

- - -

Wiener Walzer als Dank für oberösterreichischen Weihnachtsbaum
=====

16. Februar (RK) Die Stadt Wien will den Oberösterreichern für ihren schönen Weihnachtsbaum danken, der während der Feiertage vor dem Wiener Rathaus stand. Sie hat deshalb heute die Wiener Symphoniker nach Linz geschickt, die am Abend im Linzer Landestheater unter dem Dirigenten Karl Schönherr Wiener Walzer spielen werden. Mit ihnen fuhr Vizebürgermeister Mandl, der in Linz die Grüße der Stadt Wien aussprechen wird. Zur Verabschiedung auf dem Wiener Westbahnhof hatte sich auch der Vorsitzende des Direktionsrates der Wiener Symphoniker, Prof. Dr. Mitringer, eingefunden.

- - -